

Mitteilung

des Ministeriums für Soziales, Gesundheit und Integration

Information über Staatsvertragsentwürfe;

hier: Staatsvertrag über die Aufgabenerfüllung nach dem Barrierefreiheitsstärkungsgesetz (BFSG) und damit über die Errichtung einer Stelle zur Marktüberwachung der Länder über die Barrierefreiheit von Produkten und Dienstleistungen (BFSG-Staatsvertrag)

Schreiben des Ministeriums für Soziales, Gesundheit und Integration vom 12. September 2024:

Der Ministerrat hat am 10. September 2024 dem Staatsvertrag über die Aufgabenerfüllung nach dem Barrierefreiheitsstärkungsgesetz (BFSG) und damit über die Errichtung einer Stelle zur Marktüberwachung der Länder über die Barrierefreiheit von Produkten und Dienstleistungen (BFSG-Staatsvertrag) zugestimmt und mich bevollmächtigt, in Vertretung des Herrn Ministerpräsidenten den Staatsvertrag für Baden-Württemberg zu unterzeichnen. Zugleich wurde ich beauftragt, den Landtag über den beabsichtigten Abschluss des Staatsvertrags zu unterrichten sowie ein Gesetz zur Umsetzung des BFSG-Staatsvertrags in Baden-Württemberg vorzubereiten. Im Folgenden berichte ich über dieses Vorhaben.

1. Gesetzliche Grundlage, Verfahren, Inhalt des Staatsvertrags

Im Zuge der Umsetzung der Richtlinie (EU) 2019/882 des Europäischen Parlaments und des Rates über die Barrierefreiheitsanforderungen für Produkte und Dienstleistungen hat der Bundestag am 16. Juli 2021 das Barrierefreiheitsstärkungsgesetz (BFSG) beschlossen (BGBl. S. 2970). Das BFSG ist ab dem 28. Juni 2025 anzuwenden.

Die EU-Richtlinie 2019/882 über die Barrierefreiheitsanforderungen für Produkte und Dienstleistungen legt die technischen Anforderungen für die Barrierefreiheit sowie die barrierefreien Informationspflichten bestimmter Produkte und Dienstleistungen einheitlich fest. Barrierefreiheit ist ein zentraler Aspekt des Übereinkommens der Vereinten Nationen über die Rechte von Menschen mit Behinderungen (UN-Behindertenrechtskonvention, UN-BRK). Gemäß der 2009 in Deutschland in Kraft getretenen UN-BRK müssen die Mitgliedstaaten geeignete Maßnahmen treffen, um für Menschen mit Behinderungen den

gleichberechtigten und diskriminierungsfreien Zugang, u. a. zu Informationen und Kommunikation, einschließlich Informations- und Kommunikationstechnologien und -systemen, zu gewährleisten.

Bislang müssen alle in der Europäischen Union produzierenden und am Markt teilnehmenden Unternehmen oder Dienstleistungserbringer nicht nur ganz unterschiedliche Anforderungen für Barrierefreiheit beachten, teilweise widersprechen sich die Anforderungen sogar. Mittels der europarechtlichen Vorgaben sollen klare und einheitliche Standards den Binnenmarkt stärken und zu einer größeren Verfügbarkeit auch preisgünstiger barrierefreier Produkte und Dienstleistungen beitragen. Das Bundesministerium für Arbeit und Soziales geht in diesem Zusammenhang davon aus, dass sich die Konkurrenzfähigkeit deutscher Produkte erhöhe. Kleinunternehmen sind in Bezug auf angebotene Dienstleistungen von den Regelungen allerdings ausgenommen. Sie sollen jedoch Beratungsangebote erhalten, um die Barrierefreiheitsanforderungen ebenfalls so weit wie möglich umsetzen zu können.

Nach dem gesetzlichen Wortlaut des BFGG können sich auch Verbraucherinnen oder Verbraucher in der Durchsetzung der eigenen Rechte unterstützen lassen, wenn bestimmte Produkte oder Dienstleistungen den Anforderungen zur Barrierefreiheit nicht entsprechen. Sie können beispielsweise bei der zuständigen Marktüberwachungsbehörde einen entsprechenden Antrag stellen, dass Maßnahmen gegen diejenigen ergriffen werden, die Standards nicht einhalten (§ 32 BFGG). Verbraucherinnen und Verbraucher können sich auch durch einen Verband vertreten lassen, entweder direkt durch Prozessvertretung oder auch über eine sogenannte gewillkürte Prozessstandschaft. Das bedeutet, dass der Verband nicht nur im Namen, sondern an Stelle des Verbrauchers handelt. Auch ein eigenes Verbandsklagerecht für Verbände und qualifizierte Einrichtungen ist vorgesehen (§ 33 BFGG). Neben den fachgesetzlichen Regelungen über die Anforderungen der Barrierefreiheit für Produkte und Dienstleistungen legt der Bundesgesetzgeber mit § 20 BFGG fest, dass die Länder die Aufgaben der Marktüberwachung nach dem BFGG wahrnehmen und ihre Marktüberwachungsbehörden mit den notwendigen Ressourcen ausstatten. Innerhalb dieser Zuständigkeit haben die Länder sicherzustellen, dass die Marktüberwachungsbehörden eine effiziente Zusammenarbeit und einen wirksamen Informationsaustausch untereinander sowie mit denjenigen der anderen Mitgliedstaaten der Europäischen Union pflegen (§ 20 Absatz 1 Satz 3 BFGG).

Vor diesem Hintergrund der anspruchsvollen Aufgabenwahrnehmung auf dem Gebiet der Überwachung der Barrierefreiheit von Produkten und Dienstleistungen nach dem BFGG sowie der gesetzlichen Aufforderung zu einem effizienten und wirksamen Zusammenwirken der Länder, hat die 100. Arbeits- und Sozialministerkonferenz (ASMK) im Jahr 2023 beschlossen, in Abstimmung mit den für den Vollzug des BFGG jeweils zuständigen Länderressorts das Ziel zu verfolgen, eine länderübergreifende gemeinsame Marktüberwachungsbehörde mit umfassender Zuständigkeit über Fach- und Vollzugsaufgaben im Sinne des BFGG einzurichten.

Für die Errichtung einer länderübergreifenden Marktüberwachungsbehörde, ausgestattet mit hoheitlichen Befugnissen und Rechten, bedarf es des Abschlusses eines Staatsvertrags durch die teilnehmenden Länder. Zu diesem Zweck wurde von einer Länder-Arbeitsgruppe der vorliegende Staatsvertrag entworfen. Der Entwurf enthält die notwendigen Regelungen zur Einrichtung und zum Betrieb einer Marktüberwachungsstelle der Länder in der Rechtsform einer Anstalt, zur Aufgabenbeschreibung, Finanzierung und Haftung sowie die erforderlichen Vorgaben zur Etablierung der Organe Verwaltungsrat und Vorstand. Ergänzt werden diese Regelungen um solche zur Einrichtung einschließlich Finanzierung einer Geschäftsstelle zur Unterstützung des rotierenden Verwaltungsratsvorsitzes, der Dienstherrenfähigkeit der Anstalt, zur Rechts- und Fachaufsicht, Finanzkontrolle und des anwendbaren Datenschutzrechts.

Dieser Entwurf ist geeignet, die rechtliche Grundlage zur Einrichtung der länderübergreifenden Marktüberwachungsbehörde zu schaffen. Die Einrichtung

der Marktüberwachungsstelle der Länder führt einerseits zur Einsparung von Personal- und Sachkosten, die sonst auf Landesebene entstehen würden. Auch schafft diese länderübergreifende Stelle die Grundlage, dem gesetzgeberischen Auftrag einer effizienten Zusammenarbeit mit Marktüberwachungsbehörden der anderen Mitgliedstaaten der Europäischen Union nachzukommen, da eine bundesweit einheitliche Aufgabenwahrnehmung durch eine Stelle die Erfüllung dieser Vorgabe besser und effizienter sicherstellen kann. Die Aufgaben der Länder länderübergreifenden Marktüberwachungsstelle wird das Land Sachsen-Anhalt als Sitzland durch Schaffung einer neuen Anstalt wahrnehmen. Die Länder wirken über einen zu gründenden Verwaltungsrat mit, in welchem jedes Land durch ein Mitglied mit jeweils einer Stimme vertreten wird. Der Vorsitz des Verwaltungsrats wechselt alle zwei Jahre in alphabetischer Reihenfolge der Länder. Seine Beschlüsse fasst der Verwaltungsrat in der Regel mit der Mehrheit von zwei Dritteln der anwesenden Länder.

Für das Inkrafttreten des Staatsvertrags ist erforderlich, dass alle Ratifikationsurkunden der Länder in der Staatskanzlei des Sitzlands hinterlegt werden. Die Unterzeichnungsverfahren sowie Ratifikationsverfahren in den Ländern laufen aktuell parallel nebeneinander und sollen möglichst bis Ende 2024 abgeschlossen sein, sodass die einzurichtende Marktüberwachungsstelle im ersten Halbjahr 2025 mit dem erforderlichen Personal mit der Aufgabenwahrnehmung im Sinne des BFSG beginnen kann.

2. Finanzielle Auswirkungen

Die Marktüberwachung der Barrierefreiheit von Produkten und Dienstleistungen muss aufgrund bundesrechtlicher Vorgaben eingeführt werden. Die eigenständige Wahrnehmung der Aufgaben durch die Länder wäre mit weit höherem Kosten- und Personalaufwand verbunden als bei einer gemeinsamen, länderübergreifenden Stelle. Insbesondere aufgrund der Komplexität der zu erfüllenden Marktüberwachung barrierefreier Produkte und Dienstleistungen bedarf es einer entsprechenden Personalausstattung durch Fachkräfte und Vorhaltung einer hohen Expertise, die durch Bündelung in einer Dienststelle effizienter aufgebaut werden kann.

Das Sitzland Sachsen-Anhalt wird grundsätzlich durch den Staatsvertrag ermächtigt, nach Maßgabe des Verwaltungskostengesetzes in Verbindung mit der Gebührenordnung des Landes Sachsen-Anhalt Gebühren und Auslagenersatz zu erheben. Dasselbe gilt für Geldbußen im Sinne des BFSG und Einnahmen aus Nebenfolgen, die zu einer Geldzahlung verpflichten. Da das BFSG aber keine direkten Gebührentatbestände schafft, können durch die Marktüberwachungsstelle Verwaltungseinnahmen lediglich in Form von Bußgeldeinnahmen erfolgen. Es ist diesbezüglich davon auszugehen, dass frühestens ab dem Jahr 2027 mit Bußgeldeinnahmen in noch nicht bezifferbarer Höhe zu rechnen ist. Der somit nicht durch Einnahmen gedeckte Finanzbedarf für die Einrichtung und den Betrieb der Marktüberwachungsstelle wird unter den Trägerländern nach dem Königsteiner Schlüssel in Gestalt von Finanzierungsbeiträgen verteilt.

Nach einer ersten Kalkulation und Erstellung eines Wirtschaftsplans im Zusammenhang mit der Erarbeitung des Entwurfs für den Staatsvertrag und unter Heranziehung der für 2022 ermittelten Personalkostensätze und Sachkostenpauschalen des Landes Sachsen-Anhalt sind für das Haushaltsjahr 2025/2026 Mittel der Länder in Höhe von 5 250,0 Tsd. Euro bzw. 8 570,0 Tsd. Euro erforderlich. Kostensteigerungen seit 2022 wurden pauschal mit einer insgesamt 10-%-igen Steigerung eingepreist. Der Anteil des Landes Baden-Württemberg nach dem Königsteiner Schlüssel beträgt im Jahr 2025 rund 700,0 Tsd. Euro und im Jahr 2026 rund 1 200,0 Tsd. Euro. Für das Gründungsjahr der Marktüberwachungsstelle stehen die Erfüllungen der Zahlungsverpflichtungen der Länder unter dem Vorbehalt der Bereitstellung von Haushaltsmitteln durch die Haushaltsgesetzgeber der Länder.

Die Finanzministerkonferenz hat dem Staatsvertragsentwurf am 26. Juli 2024 abschließend zugestimmt.

Für die länderübergreifende Marktüberwachungsstelle sind im aktuellen Staatshaushaltsplan keine Mittel veranschlagt, da es sich um eine Aufgabe und Zuständigkeit handelt, die erst im Jahr 2021 durch die Gesetzgebung des Bundes konkretisiert wurde, und durch die ASMK erst in den Jahren 2022 und 2023 entsprechende Beschlusslagen zur Einrichtung der länderübergreifenden Marktüberwachungsstelle erfolgten. Eine Etatisierung der Mittel im aktuellen Doppelhaushalt 2023/2024 war daher noch nicht hinreichend haushaltsreif. Für die beabsichtigte Unterzeichnung des Staatsvertrags im Sinne des Artikels 50 Satz 2 der Landesverfassung ist nach §§ 16 und 38 Absatz 5 Landeshaushaltsordnung und den Allgemeinen Verwaltungsvorschriften hierzu keine Verpflichtungsermächtigung erforderlich.

Im Rahmen der Planaufstellung für den Doppelhaushalt 2025/2026 hat das Ministerium für Soziales, Gesundheit und Integration auf der Grundlage der vorstehend erwähnten Kalkulation und Schätzung jeweils 700,0 Tsd. Euro bzw. 1 200,0 Tsd. Euro für die Haushaltsjahre 2025 und 2026 angemeldet. Die Entscheidung über diese und zukünftige Mehrausgaben bleibt dem Haushaltsgesetzgeber vorbehalten.

Dr. Leidig

Staatssekretärin

Stand: 21. August 2024

Staatsvertrag zur Aufgabenerfüllung nach dem Barrierefreiheitsstärkungsgesetz

Das Land Baden-Württemberg,
der Freistaat Bayern,
das Land Berlin,
das Land Brandenburg,
die Freie Hansestadt Bremen,
die Freie und Hansestadt Hamburg,
das Land Hessen,
das Land Mecklenburg-Vorpommern,
das Land Niedersachsen,
das Land Nordrhein-Westfalen,
das Land Rheinland-Pfalz,
das Saarland,
der Freistaat Sachsen,
das Land Sachsen-Anhalt,
das Land Schleswig-Holstein,
der Freistaat Thüringen

- nachstehend "Länder" genannt –

schließen nachstehenden Staatsvertrag:

Präambel

Dieser Staatsvertrag enthält grundlegende Regelungen für die Aufgabenerfüllung nach dem Barrierefreiheitsstärkungsgesetz vom 16. Juli 2021 (BGBl. I S. 2970), zuletzt geändert durch Artikel 32 des Gesetzes vom 6. Mai 2024 (BGBl. 2024 I Nr. 149, S. 34). Das Barrierefreiheitsstärkungsgesetz, das ab dem 28. Juni 2025 anzuwenden ist, regelt Vorgaben für die Barrierefreiheit bestimmter Produkte und Dienstleistungen, damit diese rechtskonform auf den Markt gebracht werden können. Mit den Vorgaben wird die Richtlinie (EU) 2019/882 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 17. April 2019 über die Barrierefreiheitsanforderungen für Produkte und Dienstleistungen (ABl. L 151 vom 7.6.2019, S. 70; L 212 vom 13.8.2019, S. 73) umgesetzt. Wesentlicher Bestandteil der Neuregelung ist auch die Einrichtung einer Marktüberwachung, für die nach dem Barrierefreiheitsstärkungsgesetz die Länder zuständig sind. Die Länder erstellen eine Marktüberwachungsstrategie für Produkte. Hat die Marktüberwachungsbehörde Grund zu der Annahme, dass ein Produkt oder das Angebot oder die Erbringung einer Dienstleistung die Barrierefreiheitsanforderungen nicht erfüllt, so prüft sie, ob das Produkt oder die Dienstleistung die Anforderungen erfüllt. In den Ländern sind aktuell keine ausreichenden Verwaltungsstrukturen mit einschlägiger Sachkompetenz vorhanden, die die umfangreiche Aufgabenbeschreibung einer Marktüberwachung zur Barrierefreiheit von Produkten und Dienstleistungen personell und fachlich erfüllen können.

Die Länder sind davon überzeugt, dass es einer effizienten und wirksamen Umsetzung der Vorgaben des Barrierefreiheitsstärkungsgesetzes am besten entspricht, wenn sie zur Aufgabenerfüllung eine gemeinsame zentrale Marktüberwachungsbehörde errichten und auf sie sowohl Fach- als auch Vollzugsaufgaben übertragen.

Stand: 21. August 2024

Artikel 1

Ziel und Anwendungsbereich

- (1) Ziel dieses Staatsvertrages ist, die sich aus dem Barrierefreiheitsstärkungsgesetz vom 16. Juli 2021 (BGBl. I S. 2970), zuletzt geändert durch Artikel 32 des Gesetzes vom 6. Mai 2024 (BGBl. 2024 I Nr. 149, S. 34), in der jeweils geltenden Fassung und der darauf beruhenden Verordnungen in den jeweils geltenden Fassungen ergebenden Aufgaben durch eine gemeinsame Länderbehörde auszuführen.
- (2) Die Länder regeln dazu in diesem Staatsvertrag die Errichtung einer Anstalt des öffentlichen Rechts und legen die Aufgaben, die Finanzierung und Organisation der Anstalt fest.

Artikel 2

Errichtung und Betrieb der Anstalt

- (1) Die Länder errichten gemeinsam zur Wahrnehmung der Aufgaben des Barrierefreiheitsstärkungsgesetzes eine rechtsfähige Anstalt des öffentlichen Rechts (Anstalt) mit Sitz in Sachsen-Anhalt (Sitzland). Träger der Anstalt sind die diesen Staatsvertrag unterzeichnenden Länder. Die Anstalt gilt als Stelle der mittelbaren Landesverwaltung des Sitzlandes.
- (2) Die Anstalt trägt den Namen „Marktüberwachungsstelle der Länder für die Barrierefreiheit von Produkten und Dienstleistungen“.
- (3) Für die Errichtung und den Betrieb der Anstalt findet das Recht des Sitzlandes Anwendung, soweit sich aus diesem Staatsvertrag nichts anderes ergibt.
- (4) Soweit dieser Staatsvertrag nichts anderes bestimmt, ist für die Durchführung von Verwaltungsverfahren und für die Verwaltungsvollstreckung das Recht des Sitzlandes anzuwenden.
- (5) Die Anstalt führt ein Dienstsiegel.
- (6) Die Anstalt gibt sich nach Maßgabe dieses Staatsvertrages eine Satzung. Die Satzung ist einstimmig zu beschließen. Die Satzung und deren Änderungen sind im Ministerialblatt des Landes Sachsen-Anhalt zu veröffentlichen.

Artikel 3

Aufgaben

- (1) Die Anstalt nimmt sämtliche Aufgaben wahr, die das Barrierefreiheitsstärkungsgesetz und die darauf beruhenden Verordnungen den Marktüberwachungsbehörden der Länder zuweisen.
- (2) Sie übernimmt dabei insbesondere folgende Aufgaben und Funktionen:
 1. Erstellung einer Marktüberwachungsstrategie nach § 20 Abs. 2 des Barrierefreiheitsstärkungsgesetzes;
 2. zentraler Ansprechpartner für die zentrale Verbindungsstelle nach § 27 des Barrierefreiheitsstärkungsgesetzes einschließlich der Koordinierung von organisatorischen Anfragen über das Informations- und Kommunikationssystem gemäß Artikel 34 der Verordnung (EU) 2019/1020 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 20. Juni 2019 über Marktüberwachung und die Konformität

Stand: 21. August 2024

von Produkten sowie zur Änderung der Richtlinie 2004/42/EG und der Verordnungen (EG) Nr. 765/2008 und (EU) Nr. 305/2011 (ABl. L 169 vom 25.6.2019, S. 1), zuletzt geändert durch Verordnung (EU) 2024/1252 (ABl. L, 2024/1252, 3.5.2024);

3. Information der Wirtschaftsakteure und der Öffentlichkeit über Fragen zum Barrierefreiheitsstärkungsgesetz, insbesondere zu seiner Anwendbarkeit und Umsetzung;
 4. Koordination von Maßnahmen zur Marktüberwachung von Produkten und Dienstleistungen und
 5. Mitteilung der Informationen gemäß § 36 des Barrierefreiheitsstärkungsgesetzes.
- (3) Die Anstalt kann sich zur Erfüllung ihrer Aufgaben Dritter bedienen.

Artikel 4 Finanzierung

- (1) Das Rechnungswesen der Anstalt ist nach den Grundsätzen der kameralen Buchführung ausgerichtet. Geschäftsjahr ist das Kalenderjahr. Das Nähere zur Haushalts- und Wirtschaftsführung regelt die Satzung. Der Vorstand stellt jährlich einen Wirtschaftsplan auf. Dieser ist vom Verwaltungsrat zu genehmigen.
- (2) Die Anstalt erhebt für ihre Tätigkeit nach Maßgabe der verwaltungskostenrechtlichen Regelungen des Sitzlandes Gebühren und Auslagen. Diese sind bei der Aufstellung des Wirtschaftsplans zu berücksichtigen. Satz 2 gilt auch für Geldbußen im Sinne des § 37 Abs. 2 des Barrierefreiheitsstärkungsgesetzes und Einnahmen aus Nebenfolgen, die zu einer Geldzahlung verpflichten.
- (3) Die Länder verpflichten sich, eine angemessene Finanzierung der Anstalt sicherzustellen. Nicht über Bußgelder, Gebühren und Auslagen zu deckender Finanzbedarf ist von den Ländern zu finanzieren. Hierfür stellen die Länder jährlich die nach dem vom Verwaltungsrat bestätigten Wirtschaftsplan vorgesehenen finanziellen Mittel anteilig, entsprechend dem Königsteiner Schlüssel, bereit (Finanzierungsbeiträge); davon trägt das Sitzland vor Berechnung der Finanzierungsbeiträge eine Quote von 5 v. H. Für alle Finanzierungsbeiträge gilt jeweils der aktuelle Königsteiner Schlüssel.
- (4) Die Festsetzung der Finanzierungsbeiträge der Länder bedarf der Zustimmung von zwei Dritteln der für das Finanzwesen zuständigen Ministerinnen und Minister oder Senatorinnen und Senatoren.
- (5) Die Länder tragen Vorsorge für die Erfüllung der Zahlungsverpflichtungen im Rahmen der jeweiligen Haushaltsaufstellungsverfahren. Für das Gründungsjahr der Anstalt stehen die Erfüllungen dieser Zahlungsverpflichtungen unter dem Vorbehalt der Bereitstellung von Haushaltsmitteln durch die Haushaltsgesetzgeber der Länder.
- (6) Die Finanzierungsbeiträge der Länder werden im Laufe eines jeden Haushaltsjahres zum 31. Mai nach den Ansätzen des Wirtschaftsplanes fällig. Über- und Minderzahlungen gegenüber dem sich nach der Jahresrechnung ergebenden Finanzbedarf werden in dem der Abrechnung folgenden Haushaltsjahr ausgeglichen.

Artikel 5 Organe

Stand: 21. August 2024

Die Organe der Anstalt sind der Verwaltungsrat und der Vorstand.

Artikel 6 Verwaltungsrat

- (1) Der Verwaltungsrat ist oberste Dienstbehörde der in der Anstalt tätigen Beamtinnen und Beamten. Er ist Dienstvorgesetzter und höherer Dienstvorgesetzter des beamteten Vorstands und nimmt die Rechte und Pflichten der Anstalt als Arbeitgeberin gegenüber dem Vorstand im privatrechtlichen Beschäftigungsverhältnis wahr. Der Verwaltungsrat kann seine Zuständigkeit als oberste Dienstbehörde ganz oder teilweise auf den Vorstand übertragen. Dies gilt nicht für die Eigenschaft als oberste Dienstbehörde gegenüber dem Vorstand selbst.
- (2) Jedes Land entsendet ein Mitglied und ein stellvertretendes Mitglied in den Verwaltungsrat. Die Entsendung nach Satz 1 ist jederzeit widerruflich. Im Fall des Widerrufs ist unverzüglich ein neues Mitglied oder ein stellvertretendes Mitglied zu entsenden.
- (3) Der Vorsitz im Verwaltungsrat wechselt alle zwei Jahre in alphabetischer Reihenfolge der Länder, beginnend mit dem Sitzland der Anstalt. Die oder der Vorsitzende bereitet die Sitzungen des Verwaltungsrates vor.
- (4) Der Verwaltungsrat beschließt über die grundsätzlichen Angelegenheiten der Anstalt, insbesondere über
 1. die Satzung und ihre Änderungen,
 2. den Wirtschaftsplan und seine Änderungen,
 3. die Bestellung in das und Abberufung aus dem Vorstandsamt sowie die Einstellung und Entlassung des Vorstands,
 4. die Entlastung des Vorstands,
 5. die Bestellung der Abschlussprüferin oder des Abschlussprüfers, die Feststellung des Jahresabschlusses und die Verwendung des Jahresergebnisses und
 6. allgemeine Vereinbarungen und Maßnahmen zur Regelung der arbeits-, dienst-, besoldungs- und versorgungsrechtlichen Verhältnisse der Beschäftigten im Rahmen der gesetzlichen und tarifvertraglichen Vorgaben.
- (5) Der Verwaltungsrat beschließt und erlässt in wesentlichen Angelegenheiten für den Vorstand bindende Entscheidungsrichtlinien. Er kann im Einzelfall weitere den Vorstand bindende Entscheidungsrichtlinien und Weisungen beschließen und erlassen.
- (6) Der Verwaltungsrat überwacht den Vorstand.
- (7) Jedes Land hat eine Stimme. Der Verwaltungsrat ist beschlussfähig, wenn in der Sitzung mindestens die Hälfte der Länder vertreten ist. Soweit dieser Staatsvertrag nichts anderes bestimmt, fasst der Verwaltungsrat seine Beschlüsse mit der Mehrheit von zwei Dritteln der anwesenden Länder.
- (8) Zur Unterstützung des Verwaltungsrats bei seinen Aufgaben wird beim Sitzland eine ständige Geschäftsstelle eingerichtet.

Stand: 21. August 2024

- (9) Die Geschäftsstelle wird gemeinschaftlich von allen Ländern entsprechend Artikel 4 Abs. 3 finanziert.
- (10) Die Festsetzung der Finanzierungsbeiträge der Länder nach Absatz 9 bedarf der Zustimmung von zwei Dritteln der für das Finanzwesen zuständigen Ministerinnen und Minister oder Senatorinnen und Senatoren.
- (11) Näheres zur Geschäftsstelle regelt die Satzung.

Artikel 7 Vorstand

- (1) Der Vorstand leitet die Anstalt und vertritt sie gerichtlich und außergerichtlich. Der Vorstand hat eine Stellvertretung.
- (2) Der Vorstand ist berechtigt, beratend an den Sitzungen des Verwaltungsrates teilzunehmen, soweit der Verwaltungsrat nichts anderes beschließt. Er ist verpflichtet, an den Verwaltungsratssitzungen teilzunehmen, wenn der Verwaltungsrat dies zuvor bestimmt.
- (3) Der Vorstand wird für die Dauer von bis zu sechs Jahren bestellt. Erneute Bestellungen sind möglich.
- (4) Der Vorstand ist Dienstvorgesetzter und höherer Dienstvorgesetzter der in der Anstalt tätigen Beamtinnen und Beamten. Er nimmt die Aufgaben der für die Ernennung zuständigen Stelle und die Rechte und Pflichten der Anstalt als Arbeitgeberin gegenüber den Beschäftigten der Anstalt wahr, soweit sie nicht durch diesen Staatsvertrag dem Verwaltungsrat zugewiesen sind.
- (5) Der Vorstand kann vor Ablauf der Amtszeit aus dienstlichen Gründen aus dem Amt abberufen werden. Dazu ist ein Beschluss des Verwaltungsrates erforderlich. Die Beamtin oder der Beamte scheidet mit Ablauf des Tages, an dem die Abberufung beschlossen wird, aus dem Amt aus und gilt besoldungsrechtlich und versorgungsrechtlich als abgewählt.
- (6) Näheres über den Vorstand regelt die Satzung.

Artikel 8 Beschäftigte der Anstalt

- (1) Die Anstalt hat Dienstherrnfähigkeit im Sinne des Landesrechts des Sitzlandes. Auf die Rechtsverhältnisse der Beamtinnen und Beamten der Anstalt finden das Beamtenstatusgesetz und die beamtenrechtlichen Vorschriften des Sitzlandes Anwendung, soweit sich aus den Bestimmungen dieses Staatsvertrages nichts anderes ergibt. Für die Beschäftigten und die Auszubildenden der Anstalt gilt der Tarifvertrag für den öffentlichen Dienst der Länder beziehungsweise der Tarifvertrag für Auszubildende der Länder in Ausbildungsberufen nach dem Berufsbildungsgesetz einschließlich der diese Tarifverträge ergänzenden, ändernden und ersetzenden Tarifverträge in der in dem Sitzland jeweils geltenden Fassung.
- (2) Die Anstalt kann durch Beschluss des Verwaltungsrates Verwaltungsaufgaben einschließlich der damit verbundenen automatisierten Verarbeitung personenbezogener Daten sowie der Entscheidung über Rechtsbehelfe im Wege von Verwaltungsvereinbarungen gegen Erstattung der Verwaltungskosten ganz oder teilweise auf Behörden oder Einrichtungen des Sitzlandes übertragen. Für die

Stand: 21. August 2024

Zustimmung des Verwaltungsrates ist in diesem Fall die Zustimmung der Vertretung des Sitzlandes im Verwaltungsrat erforderlich. Die Übertragung ist in geeigneter Weise bekannt zu machen.

- (3) Die Anstalt kann nach Absatz 2 insbesondere folgende Verwaltungsaufgaben übertragen:
1. die Aufgaben auf dem Gebiet der Besoldung und der sonstigen Geldleistungen nach den besoldungsrechtlichen Regelungen des Sitzlandes einschließlich der Beihilfen in Krankheits-, Pflege- und Geburtsfällen sowie der Versorgung nach den versorgungsrechtlichen Regelungen des Sitzlandes,
 2. die der Anstalt als Arbeitgeber zustehenden Befugnisse in Bezug auf das Entgelt der Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer und der zur Ausbildung Beschäftigten und
 3. die Berechnung und Anordnung der Reisekostenvergütung, des Trennungsgeldes und der Umzugskostenvergütung.

Artikel 9 Rechts- und Fachaufsicht

- (1) Die für die Barrierefreiheit von Produkten und Dienstleistungen nach dem Barrierefreiheitsstärkungsgesetz zuständige oberste Landesbehörde des Sitzlandes führt die Rechtsaufsicht über die Anstalt im Benehmen mit den für die Barrierefreiheit von Produkten und Dienstleistungen nach dem Barrierefreiheitsstärkungsgesetz zuständigen obersten Landesbehörden der übrigen Länder, soweit die Eilbedürftigkeit nicht ein unverzügliches Einschreiten gebietet. In diesem Fall sind die für die Barrierefreiheit von Produkten und Dienstleistungen nach dem Barrierefreiheitsstärkungsgesetz zuständigen obersten Landesbehörden der übrigen Länder unverzüglich zu unterrichten.
- (2) Die Anstalt unterliegt bei der Erfüllung der Aufgaben nach Artikel 3 der Fachaufsicht durch die für die Barrierefreiheit von Produkten und Dienstleistungen nach dem Barrierefreiheitsstärkungsgesetz zuständige oberste Landesbehörde des Sitzlandes.

Artikel 10 Finanzkontrolle

Die Landesrechnungshöfe der Länder sind berechtigt, die Haushalts- und Wirtschaftsführung der Anstalt zu prüfen.

Artikel 11 Anwendbares Datenschutzrecht

Für die Verarbeitung personenbezogener Daten durch die Anstalt gelten die im Sitzland anwendbaren datenschutzrechtlichen Vorschriften.

Artikel 12 Schiedsklausel

- (1) Alle sich aus diesem Staatsvertrag ergebenden Rechtsstreitigkeiten werden der Entscheidung eines Schiedsgerichts unterworfen. Auf das Verfahren finden die

Stand: 21. August 2024

Vorschriften des Zehnten Buches der Zivilprozessordnung in der zum Zeitpunkt des Schiedsverfahrens geltenden Fassung Anwendung.

- (2) Das Schiedsgericht besteht aus einem vorsitzenden Mitglied, das aus der Mitte des Verwaltungsrates bestimmt wird, und aus zwei Mitgliedern des Verwaltungsrates, die von den streitenden Beteiligten gemeinsam benannt werden.

Artikel 13 Inkrafttreten und Kündigung

- (1) Dieser Staatsvertrag bedarf der Ratifikation. Die Ratifikationsurkunden sind bei der Staatskanzlei des Sitzlandes zu hinterlegen. Diese teilt den übrigen an dem Staatsvertrag beteiligten Ländern den Zeitpunkt der Hinterlegung der letzten Ratifikationsurkunde mit. Der Staatsvertrag tritt mit dem Tag in Kraft, der auf die Hinterlegung der letzten Ratifikationsurkunde folgt.
- (2) Dieser Staatsvertrag gilt für unbestimmte Zeit. Er kann unter gleichzeitiger Benachrichtigung der übrigen Länder zum Schluss des Kalenderjahres mit einer Frist von zwei Jahren gekündigt werden, erstmals zum 31. Dezember 2028.
- (3) Die Kündigung ist gegenüber der oder dem Vorsitzenden der Konferenz der Regierungschefinnen und Regierungschefs der Länder schriftlich zu erklären.
- (4) Das kündigende Land bleibt verpflichtet, zu dem Finanzbedarf solange und insoweit beizutragen, als dieser infolge seiner Beteiligung erforderlich geworden ist. Nach dem Ausscheiden anfallende Kosten, die dem Zeitraum der Mitgliedschaft zuzurechnen sind, sind anteilig vom kündigenden Land zu übernehmen.

Stand: 21. August 2024

Für das Land Baden-Württemberg:
Stuttgart, den

Für den Freistaat Bayern:
München, den

Für das Land Berlin:
Berlin, den

Für das Land Brandenburg:
Potsdam, den

Für die Freie Hansestadt Bremen:
Bremen, den

Für die Freie und Hansestadt Hamburg:
Hamburg, den

Für das Land Hessen:
Wiesbaden, den

Für das Land Mecklenburg-Vorpommern:
Schwerin, den

Für das Land Niedersachsen:
Hannover, den

Für das Land Nordrhein-Westfalen:
Düsseldorf, den

Für das Land Rheinland-Pfalz:
Mainz, den

Für das Saarland:
Saarbrücken, den

Für den Freistaat Sachsen:
Dresden, den

Für das Land Sachsen-Anhalt:
Magdeburg, den

Für das Land Schleswig-Holstein:
Kiel, den

Für den Freistaat Thüringen:
Erfurt, den